

GRin. Sissi POTZINGER

24.05.2007

A N T R A G

Betr.: Roma-Hilfsprojekt – Sammelskulptur in der Grazer Innenstadt

Obwohl die Slowakei nun ein Mitglied der Europäischen Union ist, wird die Volksgruppe der Roma nach wie vor sozial benachteiligt. Dieser Vorstoß gegen das Gleichheitsprinzip verletzt die Menschenrechte – der Grazer Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl hat daher als oberster Vertreter von Graz - erste Europäische Stadt der Menschenrechte - bereits an die Verantwortlichen appelliert, diesen Missstand zu beheben. Gleichzeitig bemüht sich die Grazer Volkspartei um konkrete Hilfe vor Ort, insbesondere für die Roma-Gemeinde in Hostice, aus der laufend Personen nach Graz kommen, um zu betteln.

Es widerspricht unserem christlichen Menschenbild von der Würde des Menschen, dass Personen bei Hitze und Kälte am Boden kauern und betteln. Um den Kindern und Jugendlichen mehr Zukunftschancen zu ermöglichen, muss in Bildung und Arbeitsmöglichkeiten vor Ort investiert werden.

Innerhalb der Europäischen Union soll es mehr Solidarität mit benachteiligten Volksgruppen geben. Als menschenwürdige Alternative zum Betteln schlägt die Grazer Volkspartei vor, die Stadt Graz solle einen Künstlerwettbewerb zur Gestaltung einer Skulptur durchführen, die als Spendensammelbehälter dient und durch ihre Form die Not der Roma symbolisiert – wir wollen Unrecht und Elend nicht verstecken und mit diesem Projekt ein starkes Signal für Menschenwürde und Solidarität setzen und mit den Spenden ein Partnerschaftsprojekt mit der Roma-Gemeinde in Hostice finanzieren. Ein Video soll die Grazer Bevölkerung über den Einsatz der Mittel vor Ort informieren. Dieses Projekt sollte Modellcharakter für die Europäische Union haben und dem Ziel dienen, dass Betteltourismus obsolet wird.

Ich stelle daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, einen Künstlerwettbewerb zur Gestaltung einer Skulptur als Spendensammelbehälter für ein Roma-Hilfsprojekt im Sinne des Motivenberichtes durchzuführen.

GR. Kurt HOHENSINNER

24.05.2007

A N T R A G

Betr.: Freibäder - Einstiegshilfen für Menschen mit Behinderung

Das Thema Barrierefreiheit wird in unserer Stadt GROSS geschrieben. Wir sind die einzige Stadt in Österreich, bei der die gesamte GVB Busflotte mit der Niederflur-Technik ausgestattet ist. Nach und nach werden öffentliche und halböffentliche Gebäude behindertengerecht ausgestattet. Freiwillige Leistungen der Stadt Graz, wie das „Taxi für Menschen mit Behinderung“, ermöglichen eine gute Mobilität. Wir haben Rahmenbedingungen gesetzt, dass blinde Menschen die Kultur unserer Stadt ertasten können. Diese Liste würde sich lang fortsetzen lassen, doch muss es unser Ziel sein, alle noch bestehenden Barrieren aus dem Weg zu räumen.

Die Grazer Freizeitbetriebe sind sehr bemüht, durch Rampen alle Bäder zugänglich zu machen. Mehrere RollstuhlfahrerInnen haben mich gebeten eine Initiative zu setzen, alle Freibäder mit einer Einstiegshilfe ausstatten zu lassen. Die Freizeitbetriebe bestätigten, dass in 4 Badeanlagen der dringende Bedarf besteht. Ein Vertreter der Freizeitbetriebe zeigte sich in einem Gespräch höchst interessiert, die noch nicht barrierefreien Bäder mit einer Einstiegshilfe für Menschen mit Behinderung nachzurüsten.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die zuständigen Stadträte (Eigentümervertreter) werden aufgefordert, auf die Stadtwerke einzuwirken damit eine Co-Finanzierung zwischen den Freizeitbetrieben und dem Bundessozialamt für die Einstiegshilfen der noch nicht barrierefreien Bäder ermöglicht wird.

GR. Rudolf TRUMMER

24.05.2007

A N T R A G

Betr.: Lärmschutzmaßnahmen Zubringer Graz-Ost

Die im Bezirk Liebenau befindlichen Straßen Esserweg und Messendorferstraße liegen beide am Fuß unter dem Autobahnzubringer Graz/Ost, wodurch das an den beiden Straßen gelegene Wohngebiet in stark zunehmenden Ausmaß vom starken Verkehrslärm dieses Autobahnzubringers sehr beeinträchtigt wird.

Der Esserweg und die Messendorferstraße (und etliche kleiner abzweigende Gassen) waren bereits in den vergangenen Jahren ein in der Lebensqualität schlecht gestelltes Gebiet, in dem sich zum Lärm des Zubringers, die Ostbahn in unmittelbarer Nähe, das Hundegebell der Arche Noah sowie auch der bereits bestehende Liebenauer Gürtel als Lärmring um das Wohngebiet befinden. Zudem befindet sich sehr nahe der Autobahn auch ein Seniorenheim das ebenso sämtlichen Lärmquellen ausgesetzt ist.

In jüngster Zeit kommen verstärkend die Frequenz des Einkaufszentrum Murpark und das damit generelle höhere Verkehrsaufkommen in das Stadtgebiet hinzu.

Zukunftslärmquellen zeigen sich an, wie z.B.:

- In der Stadtplanung liegen bereits Projekte für ein weiteres Großeinkaufszentrum Esserweges vor, welches auf dem Industriegebiet zwischen dem Esserweg und dem Liebenauer Gürtel gebaut werden soll,
- wo direkt vor dem jetzigen Billa-Markt eine Kreuzung gebaut werden soll, wodurch der Gürtel mit großer Wahrscheinlichkeit in Zukunft dem Wohngebiet entlang der südlichen Liebenauer Hauptstraße angebunden werden kann.
- Die in naher Zukunft befindliche Anschlussstelle des Südgürtels, welcher dann auch in der Parallele zum Esserweg in den bestehenden Liebenauer Gürtel einmündet, ist ganz bestimmt ein weiterer Lärmfaktor für das betroffene Gebiet.

Es liegt jedoch auch eine Planung vor, welche zwischen dem Esserweg und dem Liebenauer Gürtel eine naturbegründete Hügelanlage vorsieht, welche das dahinter liegende Wohngebiet von der Gürtelstraße abschirmen würde, dieses Projekt ist auch in Zukunft unbedingt weiter zu verfolgen bzw. voranzutreiben, obschon diese Maßnahme nur nach Süden hin eine Verbesserung ergibt. Die Bewohner entlang des Autobahnstückes vom Murpark bis zur Fa. Magna Steyr sind einer besonders starken Lärmbelastung ausgesetzt. Um diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen, wurden von den dortigen Anrainern Unterschriften gesammelt, die meinen Antrag zusätzlich unterstützen.

Namens des ÖVP Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

Die Stadt Graz möge mit dem Ersuchen an die ASFINAG und zuständigen Stellen des Landes Steiermark herantreten, im Bereich des Autobahnstückes „Einkaufszentrum Murpark bis Firma Magna Steyr“ eine rigorose Lärmschutzmaßnahme für die doch sehr lärmgeplagten Mitbürger/innen zu installieren.

GR. Peter MAYR

24.05.2007

A N T R A G

Betr.: Lärmschutz Pyhrnautobahn im Bereich Hafnerstraße

Der bereits vor einigen Jahren von der ASFINAG durchlaufend geplante Lärmschutz an der A 9 zwischen dem Knoten Webling und Seiersberg wurde leider nur unvollständig realisiert. Vor allem die im Bereich Hafnerstraße östlich fehlende Lärmschutzwand an der Autobahn wirkt sich besonders negativ für das angrenzende Wohngebiet aus.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, die rasche Umsetzung aller Lärmschutzmaßnahmen an der A 9 zwischen dem Knoten Webling und Seiersberg von der ASFINAG einzufordern.



Betr.: Lkw-Beschränkung für
Hafnerstraße

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Peter Rieger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 24. Mai 2007

Sehr geehrter Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Hafnerstraße im Bezirk Puntigam ist im Bereich zwischen der Hausnummer 43 bis zum Guldinweg sehr eng und bei Gegenverkehr für Lkw kaum befahrbar. Da dennoch relativ viele LKW ihre Anlieferungen zu den Firmen Fresenius und Spar über diese Straße durchführen, kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen. Um dem gegenzusteuern, wäre ein Lösungsansatz, die Anlieferungen über den Weblinger Gürtel direkt über die Haupteinfahrt der Firma Spar und zur Firma Fresenius über den Am Wagrain und den unteren Teil der Hafnerstraße abzuwickeln. Dazu müsste jedoch – auch als Entlastung für die AnrainerInnen – eine 7,5 Tonnen-Beschränkung in der Hafnerstraße zwischen der Hausnummer 43 und der Seiersbergerstraße verfügt werden. Wobei selbstverständlich die Zufahrt zu den dort ansässigen Firmen - ausgenommen eben zu den Firmen Spar und Fresenius - durch eine Ausnahmegenehmigung von Westen kommend sichergestellt werden müsste. Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz sind zu beauftragen, im Sinne des Motivenberichtes eine 7,5 Tonnen-Beschränkung für die Hafnerstraße zwischen der Hausnummer 43 und der Seiersbergerstraße zu erlassen, wobei auf die Zufahrtsmöglichkeit zu den dort ansässigen Firmen Rücksicht zu nehmen ist.



Betr.: Funksignalgeber für in
Graz verkehrende Busse

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Peter Rieger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 24. Mai 2007

Sehr geehrter Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Immer wieder beschweren sich die Fahrgäste der Buslinien 78 und 80, die von der Firma Watzke betrieben werden, darüber, dass, wenn sie mit dem Bus zur Endhaltestelle der GVB-Linie 5 kommen, die Straßenbahn knapp vorher abgefahren ist. Und die Verärgerung wird noch größer, wenn diese Fahrgäste sehen, dass die Straßenbahn andererseits auf die GVB-Buslinie 64, selbst wenn diese ein paar Sekunden Verspätung hat, sehr wohl wartet.

Der Grund: Zwischen den GVB-eigenen Autobussen und den Straßenbahnen wird durch ein einfaches Funksignal dieses Fahrgast-freundliche Zusammenspiel ermöglicht – Busse und Straßenbahnen bekommen dadurch ein Zeichen, aufeinander zu warten. Demgegenüber sind in den Bussen der Firma Watzke – wie im Übrigen auch in einigen anderen Nicht-GVB-Bussen, die in Graz ÖV-Linien versorgen – entweder solche Funksignalgeber überhaupt nicht eingebaut, oder sie werden nicht benutzt.

Klar ist aber auch: Wenn jemandem beim Umsteigen der Anschlusswagen unmittelbar vor der sprichwörtlichen Nase davonfährt, steigert das nicht unbedingt die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs. Es wäre daher dringend angebracht, darauf zu achten, dass alle in Graz verkehrenden Autobusse über solche Funksignalgeber verfügen bzw. diese von den FahrerInnen bedient werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

Antrag:

Der zuständige Verkehrsstadtrat Univ.Doz. DI Gerhard Rüsç wird aufgefordert, umgehend an den Verkehrsverbund heranzutreten und diesen aufzufordern, solche Funksignalgeber als notwendige Standardausrüstung für im Verkehrsverbund eingesetzte Fahrzeuge vorzuschreiben und auf eine entsprechende Bedienung durch die FahrerInnen zu achten.



Betr.: Flächenwidmungsplan
„Hochwasserabfluss“

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Peter Rieger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 24. Mai 2007

Sehr geehrter Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

In der heutigen Gemeinderatssitzung soll das Stück „3.08 Flächenwidmungsplan 2002 der Landeshauptstadt Graz, 8. Änderung 2005, Deckplan 3 – Hochwasserabfluss“ beschlossen werden.

Nachdem es im Vorfeld der Erarbeitung des Beschlusses zuwenig Information besonders für den Bereich des geplanten Ausbaues des Hochwasserschutzes des Petersbaches - betroffen davon sind die Grundstücke 237, 260/1, 282/1, 282/4, 282/2 und 282/12, alle KG St. Peter - gekommen ist und die betroffenen BürgerInnen zu recht darüber verärgert sind, muss für die weitere Vorgangsweise sichergestellt werden, dass die betroffenen AnrainerInnen in die Detailplanung miteinbezogen werden.

Sichergestellt muss aber werden, dass auch die Lösungsvorschläge der betroffenen AnrainerInnen, die nicht nur zum Ziel haben, die Situation vor Ort zu verbessern, sondern auch bedeuten, dass weniger Geld durch die Stadt für die Verwirklichung dieser wichtigen Hochwasserschutzmaßnahmen aufgewendet werden muss, in den Planungsprozess mit einfließen müssen.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz sind anzuweisen, dass die betroffenen Anrainer, wenn die Detailplanung für den Hochwasserschutz des Petersbaches im Bereich der oben beschriebenen Grundstücke beginnt, verbindlich in die Planung mit einzubeziehen sind.

Jedenfalls müssen die Lösungsvorschläge der Anrainer in den Planungsprozess einfließen.

Antrag an den Gemeinderat

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 24.5.2007
von Klubobfrau Sigi Binder

Betrifft: Förderprogramm Mobilitätsmanagement

Mit 2. Mai 2007 wurde vom Lebensministerium das klima:aktiv mobil Programm mit dem Förderungsschwerpunkt „Mobilitätsmanagement für Städte, Gemeinden und Regionen“ gestartet. Das Programm hat die Reduktion der Kohlendioxid-, Stickoxid- und Feinstaub-Emissionen durch eine breite Implementierung von Verkehrsmaßnahmen zum Ziel. Als Zielgruppe gelten u.a. Städte, Gemeinden, Regionalverbände, Verkehrsverbände sowie Gemeindeverbände.

Gefördert werden jene Maßnahmen, die zur Vermeidung oder Verringerung der Belastungen in Form von klimarelevanten Gasen führen und zu einer umweltfreundlichen Verkehrsabwicklung beitragen. Dazu zählen u.a. Investitionen zur Umrüstung von Fuhrparks, Maßnahmen zur Forcierung des öffentlichen Verkehrs, Maßnahmen zur Förderung des Rad- und Fußgängerverkehrs sowie die Einrichtung von Mobilitätszentralen.

Weiters können die Betriebskosten für den laufenden Betrieb von Einrichtungen zur Umsetzung geeigneter Maßnahmen im Verkehrs- und Transportbereich (maximal für die ersten 3 Jahre) gefördert werden. Auch Kosten von extern erbrachten immateriellen Leistungen, wie für Informations-, Public Awareness- und Marketingkonzepte können vom BMLFUW kofinanziert werden. Die Förderhöhe beträgt bis zu 50 % der förderungsfähigen Investitionskosten sowie bis zu 50 % der Betriebskosten und extern erbrachten immateriellen Leistungen.

Die Stadt Graz sollte ein gesteigertes Interesse daran haben, die Chancen für diese Förderung wahrzunehmen.

Daher stelle ich den

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, förderungswürdige Maßnahmen im Sinne des Motivenberichts auszuarbeiten und dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung zur Beratung vorzulegen.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 24. Mai 2007

Gemeinderat : Mag. Andreas Fabisch

Antrag

Betrifft: Förderung für den Fußballklub GSV Wacker

Der GSV-Wacker ist ein Grazer Traditionsfußballklub im Bezirk Jakomini, der vor über 100 Jahren gegründet wurde und aus dem Sportleben unserer Stadt nicht wegzudenken ist. Gerade die Kinder- und Jugendförderung liegt ihm sehr am Herzen.

In einer Region gelegen, wo der Anteil der Kinder aus finanziell weniger gut gestellten Familien sehr hoch ist und es darum geht, die jungen Menschen von der Straße fernzuhalten und ihnen Inhalte zu bieten, ist den Trainern und Betreuern die Verantwortung ihrer Arbeit bewusst.

Doch scheint die Finanzierung dieser Aufgabe für einen Verein, der nicht mit Millionen jonglieren kann, aber dafür um so mehr Engagement beweist, immer schwieriger, fast unmöglich.

Die jährliche Miete für den Sportplatz wird beispielsweise immer weniger leistbar, von anderen Ausgaben gar nicht zu sprechen.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

In Würdigung der Kinder- und Jugendförderung des Vereins sichert die Stadt Graz die Arbeit des Fußballklubs GSV-Wacker materiell insbesondere durch einen erhöhten finanziellen Beitrag zur Benützung des Fußballplatzes ab.